

## Presseinformation

99/10

Kiel, 27. April 2010

**Jannine Menger-Hamilton**  
Pressesprecherin

**DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag**  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02  
Telefax: 0431 / 9 88 16 18  
Mobil: 0160 / 90 55 65 09

jannine.menger-  
hamilton@linke.ltsh.de

[www.linksfraktion-sh.de](http://www.linksfraktion-sh.de)

### **Ranka Prante und Björn Thoroe fordern eine faire Ausschreibung des Wäscherei-Auftrages der UKSH. „Tarifliche Bezahlung muss gewährleistet sein.“**

**Kiel.** DIE LINKE fordert eine faire Ausschreibung des Notfallversorgungsauftrags des UKSH. Bis zur endgültigen Vertragsvergabe müsse der Auftrag in Händen der Firma Berendsen verbleiben. Bei der Vertragsvergabe müsse sichergestellt werden, dass die Beschäftigten mindestens tariflich entlohnt werden.

Hintergrund der Forderungen ist die Vertragskündigung mit der Großwäscherei Berendsen zugunsten der Rostocker Firma Sitex. Laut Medienberichten zahlt Sitex unter dem Deckmantel eines Pseudo-Tarifvertrags mit der unternehmernahen DHV Billiglöhne und kann deshalb günstigere Konditionen anbieten.

„Die Vertragskündigung ist ein drastisches Beispiel für Lohndumping. Der Vertrag mit der Firma Berendsen wird aufgekündigt, weil sie ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlt. Stattdessen wird ein Billiganbieter ins Boot geholt“, sagt Ranka Prante, Landtagsabgeordnete der LINKEN aus Steinburg.

Björn Thoroe, wirtschaftspolitischer Sprecher ergänzt: „120 tariflich bezahlte Jobs sind in Gefahr, zugunsten eines Vertrages mit einem Unternehmen, dessen Angestellte von einer Scheingewerkschaft vertreten werden und Hungerlöhne beziehen. Eines macht dieses Beispiel ganz deutlich: Wir brauchen ein Tariftreuegesetz, das diese Lohnspirale nach unten beendet. Zudem muss die Privatisierung gestoppt werden, um die Beschäftigten vor solchem Schindluder zu schützen.“

Prante trifft sich morgen (28.4.) mit den Betroffenen vor Ort zu einem Informationsgespräch. Ziel soll u.a. sein zu klären, inwiefern DIE LINKE Landtagsfraktion den Kampf der Beschäftigten unterstützen kann.